



Foto: Richard Lauenstein

Offensiv in den Personalratswahlkampf gehen. Eberhard Brandt stimmte die Delegierten mit einem Bericht zur Lage ein. Die GEW habe gute Chancen, „weil wir gute Positionen haben“.

GEW-Landesdelegiertenkonferenz beschließt Listen für die Personalratswahlen 2005

Gut gerüstet für die Wahlen

An historischer Stätte trat die außerordentliche GEW-Landesdelegiertenkonferenz zusammen. In ihrem Tagungsort „Wienecke XI“ – den früheren „Wülfeler Brauereigaststätten“ – war 1958 der Zusammenschluss der Lehrerverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg zum Gesamtverband Niedersächsischer Lehrer (GNL), dem Vorläufer der heutigen GEW erfolgt.

Auch bei der aktuellen LDK ging es um eine wichtige Weichenstellung für die Organisation. Im Mittelpunkt stand die Beschlussfassung über die GEW-Listen für die Wahlen zum Schulhauptpersonalrat. Die Personalratswahlen sind für den 14./15. April 2005 terminiert. Stimmberechtigt waren rund 220 Delegierte aus den Bezirks- und Kreisverbänden sowie den Fachgruppen der GEW.

Diese „kürzeste Landesdelegiertenkonferenz, die wir je hatten“ (E. Brandt) war auf Grund der Verlängerung der Amtszeit der Personalvertretungen erforderlich geworden. Wahlberechtigt sind im April 2005 insgesamt rund 80.000 Lehrerinnen und Lehrer der verschiedenen Schulformen und Kolleginnen und Kollegen des Nichtlehrenden Personals. Zu beraten und abzustimmen war über die von den GEW-Fachgruppen eingebrachten Vorschlagslisten.

Udo Liu, Vorsitzender des SHPR, stellte vorläufige Berechnungen zur Sitzverteilung der Fachgruppen vor. Danach wird der Löwenanteil der Sitze im künftigen SHPR auf die Fachgruppe Grundschulen entfallen. Die mit 22.800 Lehrkräften größte Fachgruppe erhält fünf Sitze. Jeweils drei Sitze werden auf die Fachgruppen Realschulen, Gymnasien und Berufsbildende Schulen entfallen. Weitere Sitze erhalten die Fachgruppen Hauptschulen (2), Förderschulen (1), Gesamtschulen (1) und Nichtlehrendes Personal (1). Insgesamt umfasst der SHPR 19 Mitglieder.

Gewerkschaftliches Handeln in schwierigem Umfeld

Aufgabe des GEW-Landesvorsitzenden Eberhard Brandt ist es, die Delegierten auf die Personalratswahlen einzustimmen und dazu die gewerkschaftspolitische Situation darzustellen. Gewerkschaftliches Handeln finde derzeit in einem „schwierigen Umfeld“ statt. Brandt beschreibt dazu die Krisen um Karstadt, Opel und VW. Die Tarifverhandlungen würden mit dem Ziel geführt die Personalkosten massiv abzubauen, allein bei VW um 30 Prozent innerhalb von drei Jahren. Druckmittel

der Großunternehmen sei die Drohung mit der Abwanderung in Billiglohnländer.

Angriffe auf das Mitbestimmungsrecht abwehren

Aber auch die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes würden bedroht. Brandt nennt dazu die Streichung des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes sowie die Kürzungen bei der Beihilfe. Noch schlimmere Entwicklungen seien zu erwarten, wenn es zu der sogenannten „Beamtenrechtsreform“ kommt und die Zuständigkeit den Ländern übertragen wird. „Dann gibt es keine bundeseinheitliche Besoldung mehr – die Bezahlung erfolgt nach der Kassenlage der Länder“, so beschreibt Brandt die drohende Entwicklung. Als gewerkschaftliche Daueraufgaben bezeichnet er es, „die Legitimität der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu begründen, gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und Gehälter zu sichern und die sozialen Sicherungssysteme zu verteidigen“.

Eberhard Brandt geht ein auf die Personalratsarbeit. Die rechtlichen Grundlagen seien in Gefahr. Im MK würden Pläne geprüft, die Freistellung für die Personalräte auf allen Ebenen zu kürzen und die Gremien zu verkleinern. Höhepunkt der Angriffe auf das Mitbestimmungsrecht und die Arbeit der Personalvertretungen sei das sogenannte „Strategiepapier“ des SPD-Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel. „Das ist die reinste Munition für die Landesregierung!“, ruft Brandt unter dem Applaus der Delegierten aus. In dem unmittelbar zuvor bekannt gewordenen Papier fordert der frühere Ministerpräsident „die Zuständigkeiten, Mitbestimmungsrechte und Freistellungsregelungen

des Nds. Personalvertretungsgesetzes“ zu überprüfen und ggf. abzubauen (siehe auch die Titelgeschichte dieser EuW). Für den GEW-Landesvorsitzenden ergibt sich aus diesem Papier die klare Absicht die Arbeit der Personalräte kaputtzumachen. „Damit sind die Grundlagen unseres Handelns gefährdet. Wir müssen diese Absichten zum Gegenstand einer offensiv geführten Auseinandersetzung machen.“

Offensiv in den Personalratswahlkampf gehen

Brandt geht auch ein auf die anderen Zielsetzungen des Strategiepapiers: die Einstellung von Lehrkräften als Angestellte, Eingriffen in die Arbeitszeit, Kürzung von Anrechnungsstunden. Wie ausgerechnet die Opposition der CDU/FDP-Landesregierung „eine derartige Steilvorlage“ liefern kann, bleibt unerfindlich.

Ein weiteres Thema ist die Interessenvertretung unter den Bedingungen der „Eigenverantwortlichen Schule“. Eberhard Brandt stellt dar, dass noch nicht bekannt ist, ob das Kultusministerium entscheiden wird, was ihnen in einigen Papieren von Arbeitsgruppen vorgeschlagen wird, nämlich die vollständige Übertragung aller Personalbefugnisse von der Mittelbehörde auf die Schulleiter. Während einige Ministerialbeamte davor warnen, die allgemein bildenden Schulen genau so zu behandeln wie die ProReKo-Schulen, fordern andere die vollständige Abschaffung einer Mittelbehörde. Für die GEW ist die Forderung eindeutig: „Wir fordern, dass es eine regionale Schulbehörde gibt und dass bei dieser ein starker Personalrat arbeitet. Das ist eine zentrale Bedingung

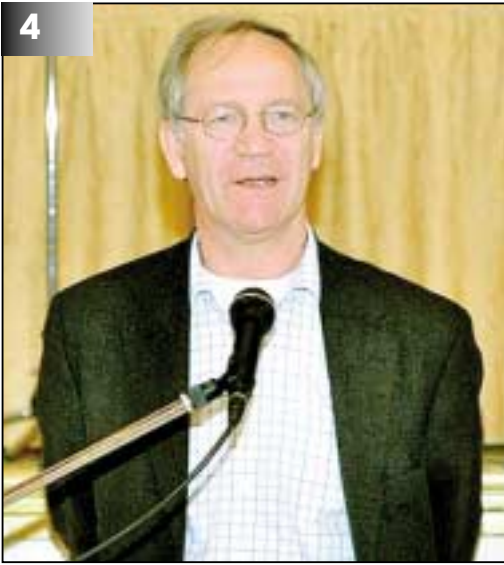


Foto: Richard Lauenstein

Berufliche Bildung in schwieriger Zeit vertreten. Günther M. Hucker wurde aus seinem Amt als Referatsleiter verabschiedet.

der GEW bei einer Einführung von eigenverantwortlichen Schulen.“

Weitere Themen sind die Umwandlung der Schulen in „Eigenverantwortliche Schulen“ sowie die INIS-Schulprojekte. Eberhard Brandt zeigt auf, wohin diese Entwicklung führen wird und er warnt davor. „Wir müssen Bedingungen formulieren und Freiheiten fordern für die Ausgestaltung einer besseren Schule.“ Zum Schluss gibt es Aufmunterung und Lob für die GEW-Personalräte. „Wir müssen offensiv in den Personalratswahlkampf gehen. Bei den Wahlen haben wir gute Chancen, weil wir klare Positionen haben.“

Die Beratung und Beschlussfassung über die Listen ist im wesentlichen eine reine Formsache. Mögliche Kontroversen sind im Vorfeld durch die Mitwirkung aller Betroffenen ausgeräumt worden. Die Kandidatinnen und Kandidaten für die aussichtsreichen Plätze stellen sich vor und werden gewählt.

Verabschiedungen

Verabschiedungen stehen noch auf der Tagesordnung – auch dies eine traditionelle Aufgabe des Vorsitzenden. Matthias Feuser, bisheriger Leiter des Referates Allgemeinbildende Schulen, ist zum Referenten beim Bildungssektor Bremen berufen worden. Eberhard Brandt findet die passenden Worte für einen Kollegen, der sich in mehr als zehnjähriger Tätigkeit „um die GEW verdient gemacht hat“.

Seine Arbeitsweise sei durch die Stichworte „schnell, pragmatisch und trocken“ zu skizzieren. Erstaunlich sei gewesen, „mit welcher Leichtigkeit“ Matthias Feuser auf neuen Felder zu einer Positionsbestimmung gekommen ist.

Die GEW weiß, was sie an Matthias Feuser gehabt hat (und noch haben wird, denn Kollege Feuser wird auch künftig bei Veranstaltungen der GEW auftreten), und verabschiedet ihn mit der höchsten Ehrenbezeugung – einer spontanen „standing ovation“. Ein sichtlich gerührter Matthias Feuser bedankt sich mit der Interpretation eines afrikanischen Sprichwortes „Mit einem Finger allein kann man sich nicht das Gesicht waschen“. Er habe lange überlegt, was die GEW ist – Zeigefinger oder Daumen – der Zeigefinger, um aufzuzeigen, wo es lang geht zu einer vernünftigen Bildungspolitik oder der Daumen, um diesen draufzuhalten und Druck zu erzeugen auf dem Weg zu einer demokratischen Bildungspolitik? „Nein, wir als GEW sind beides: Daumen und Zeigefinger – auf keinen Fall aber kleiner Finger.“

Verabschiedet wurde auch Günther M. Hucker, der das Referat Berufliche Bildung „in schwieriger Zeit“ (Brandt) übernommen habe. Der Vorsitzende beschreibt die Biographie des Kollegen Hucker und geht ein auf die Auseinandersetzungen um die Entwicklung der ProReKo-Schulen. Es sei schwer gewesen, zwischen den divergierenden Vorstellungen beteiligter Gruppen und des Referates zu vermitteln. Günther Hucker habe für seinen Einsatz großes Lob verdient. Auch ihm sind Rührung und Betroffenheit anzumerken, als er sich von den Mitgliedern der LDK verabschiedet. Ihr Applaus ist herzlich.

Zum Schluss ist auch noch Jutta Nolte zu verabschieden, die nach der schweren Erkrankung von Gert Wille übergangsweise den Vorsitz des Bezirksverbandes Hannover übernommen hatte. Eberhard Brandt hebt hervor, dass sie sich um die Zusammenarbeit der vier GEW-Bezirksverbände besonders gekümmert habe. „Du hast dafür gesorgt, dass es keine Zentrifugalkräfte gab.“ Jutta Nolte bleibe als Leitungsmitglied der Fachgruppe Grund- und Hauptschulen im GEW-Landesvorstand.

GEW-Landesvorstand beruft Referatsleiter

Im Anschluss an die LDK trat der GEW-Landesvorstand zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: Berufung in Referate. Auf Vor-

Resolution der LDK Klare Absage für das Gabriel-Papier

Die außerordentliche Delegiertenkonferenz der GEW Niedersachsen fordert die SPD-Fraktion auf, sich vom Strategiepapier ihres Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel zu distanzieren. Gabriel versucht die SPD-Fraktion auf einen Kurs festzulegen, der die Rechte der Personalvertretungen deutlich beschneidet und mehr Personalabbau im Öffentlichen Dienst und größere Belastungen für die Beschäftigten bedeutet als von der amtierenden Landesregierung bislang vorgesehen war.

Gabriel sieht die Zukunft der SPD offenbar darin, die vorherrschende Politik der Selbstverarmung der öffentlichen Hände besser zu verwirklichen als CDU und FDP.

Insbesondere soll die SPD das einstmals von ihr formulierte Niedersächsische Personalvertretungsgesetz verstümmeln. Die Freistellung, die den Personalräten ihre Arbeit erst ermöglicht, soll drastisch reduziert werden.

Dies ist eine Steilvorlage für die Landesregierung. Die SPD muss sich klar darüber sein, dass solch eine Politik von den Gewerkschaften genauso bekämpft werden wird wie die der jetzigen Regierung.

Wenn sie dies vermeiden will, muss sie Gabriels Politik unverzüglich Einhalt gebieten.

Im Bildungsteil sieht das Strategiepapier vor, die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer deutlich zu reduzieren. Der Unterrichtsausfall soll dadurch behoben werden, dass den Lehrkräften durch ein neues Arbeitszeitmodell zusätzliche Belastungen auferlegt werden.

Die a.o. LDK der GEW Niedersachsen erteilt diesen und ähnlichen Plänen eine entschiedene Absage.

schlag des GV wurden Udo Liu zum Leiter des Referates Beamten- und Angestelltenrecht und Henner Sauerland zum Leiter des Referates Allgemeinbildende Schulen gewählt. Zu Mitgliedern des Referates Berufliche Bildung und Weiterbildung berief der Vorstand die Kollegen Olaf Ansorge, Ulrich Bertram, Hans-Peter Dankert, Stephan Sausel und Uwe Wehmhörer.
JOACHIM TIEMER



Um die GEW verdient gemacht. Matthias Feuser, langjähriger Leiter des Referates Allgemeinbildende Schulen, wurde mit einer standing ovation verabschiedet

Foto: Richard Lauenstein